

## Wohnungswirtschaft fordert mehr Stellen in Bauämtern

05.06.2018 | 16:36



Zur Beschleunigung des Wohnungsbaus in Hessen hat die Immobilienwirtschaft zusätzliche Stellen in den Bauämtern verlangt. In den vergangenen 25 Jahren seien in den Kommunen 40 Prozent des Personals für Bauangelegenheiten abgebaut worden, kritisierte am Dienstag in Frankfurt der Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft (VdW).

In manch kleiner Gemeinde müsse ein fachfremder Beamter über Baugenehmigungen entscheiden, sagte Verbandsdirektor Axel Tausendpfund auf einer Tagung. Der Bau eines Mehrfamilienhauses brauche inzwischen von der Projektierung bis zur Fertigstellung rund vier Jahre. Er schlug für die Ämter die Einrichtung eines "Projekt-Steuerers" vor. In dieser Position könnten die Zuständigkeit für Bebauungspläne und Bauanträge gebündelt werden.

Der VdW vertritt die Interessen von etwa 200 privaten und öffentlichen Unternehmen der Wohnungswirtschaft, denen 400.000 Wohnungen in Hessen und dem südlichen Rheinland-Pfalz gehören.

Der freifinanzierte Wohnungsbau kritisierte, dass es in Hessen für den privaten Wohnungsbau sehr schwer sei, die im sozialen Wohnungsbau üblichen Fördermöglichkeiten zu erhalten. Dies sei in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg anders, sagte Gerald Lipka vom Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland (BFW).

Nach den Zahlen des Planungsverbands Frankfurt/Rhein-Main müssten jährlich in der Region rund 15.000 neue Wohnungen gebaut werden. Es sind aber derzeit nur 9000. Der Verband mit seinen 75 Kommunen umfasst 2,2 Millionen Einwohner.